

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg

(Limburger Zeitung)

Älteste Zeitung am Platze. Begründet 1838

(Limburger Tageblatt)

Er erscheint täglich
mit Ausnahme der Sonntage
und Feiertage. Jede Woche eine Beilage.
Gesamter und Einzelverkauf zu jedem beliebigen
Zeitpunkte von der Druckerei.
Geschäftsstelle: Brückstraße 11.

Redaktion, Druck und Verlag von Moritz Wagner
in Firma Schmidt'scher Verlag und Buchdruckerei in Limburg a. d. Rh.

Anzeigen-Aufnahme bis 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages

Bezugspreis: 1 Mark 10 Pf.
vierteljährlich ohne Porto 3 Mark.
Einzelnummern 20 Pf.
Die Abnahme von 100 Exemplaren über den Preis-
nachlass 10 % und bei 500 Exemplaren 20 %.
Reklamen die 1000 mal veröffentlicht werden,
haben 50 % Rabatt. Bei 2000 mal 40 %.
Preisproben Nr. 22.

Nummer 276

Limburg, Donnerstag, den 28. November 1918

81. Jahrgang

Auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrats veröffentlicht.

Berlin, 26. Nov. (W.L.B.) An alle Arbeiter- und Soldatenräte der Heimat!
Kameraden und Arbeiter!

Jeder Tag bringt uns neue Beweise der Herzlichkeit, mit der Ihr unsere heimkehrenden Kameraden empfangt. Gebt unseren Dank! Leider begegnen aber unsere Brüder in einzelnen Städten einem gewissen Mißtrauen. Man fürchtet sie ständen den Errungenschaften der Heimat feindlich gegenüber.

Kameraden und Arbeiter! Nichts ist weniger begründet, als eine derartige Befürchtung, denn das Feldheer stellt sich rückhaltlos auf den neuen Boden und dankt allen in der Heimat für die geschaffene neue Heimat. Nie und nimmer werden die Feldtruppen der Reaktion die Hand bieten. Ein Mann nur kann behaupten, daß sie die Einsetzung der alten Gewalt herbeiwünschten, unter der gerade sie so schwer gelitten haben. Das Feldheer will Ruhe und Frieden. Daher bitten wir alle Arbeiter- und Soldatenräte der Heimat auf das Dringlichste, die heimkehrenden Truppen in jeder Weise zu unterstützen. Brüder vergeht keine Stunde die ungeheure Gefahr, in der wir schweben! Jeder einzelne muß das Äußerste aufbieten, um zur Ruhe mitzugewinnen! Es darf nicht zu einem Zwiespalt zwischen den Frontsoldaten- und Heimaträten kommen. Wir haben die Freiheit! Aber nur durch Freiheit erhält sie uns! Vereingelt bringen Klagen zu uns, daß Arbeiter- und Soldatenräte in Verkennung der Lage zurückkommenden Truppen Wagen, Betriebsstoffe und Geräte abnehmen und die Lösung der ungeheuren, schweren Aufgaben des Rückmarsches hemmen. Noch ist es Zeit! Noch können wir Frieden, Brot und Freiheit sichern! Aber Mann für Mann muß einsteilen für Vernunft und Ordnung! Nur dann kann es glücken, nur dann!

Der Vollzugsausschuß des Soldatenrates bei der
Obersten Heeresleitung.

Erzberger und Eisner.

Berlin, 27. Nov. (W.L.B.) Staatssekretär Erzberger ist in der gestrigen Reichskonferenz von dem bayerischen Ministerpräsidenten Eisner heftig angegriffen und insbesondere seine Persönlichkeit als Hindernis des Friedensschlusses bezeichnet worden. Erzberger hat darauf der „B. Z. am Mittag“ zufolge u. a. geantwortet:

Der Vorwurf Eisners, er habe bei der Organisation der Weltversöhnung mitgewirkt, schlage den Tatsachen ins Gesicht. Er sei als Vorkämpfer des Friedens schon zu einem Zeitpunkt für diesen eingetreten, wo das Bekenntnis zum Frieden noch gefährlich gewesen sei. Erzberger wandte sich sodann dagegen, daß Eisner Clemenceau als Freund und Förderer sozialistischer Bestrebungen feiere. Eisner scheine der einzige zu sein, dem es unbekannt sei, in welcher energiegelassenen Weise Clemenceau sowohl die Mehrheits- wie die Minderheitsfraktionen behandelt habe. Clemenceau sei es gewesen, der stets die Ausbändigung von Pässen an alle jene Sozialisten zu hintertreiben wußte, die zu Verständigungszwecken während des Krieges Fühlung im Ausland suchten. Derselbe Clemenceau, der die französischen Sozialisten bekämpft habe, solle also jetzt Eisner, nur weil er als deutscher Sozialist zu ihm komme, bessere Friedensbedingungen bewilligen? Die Lebenswürdigkeit Clemenceaus Eisner gegenüber gelte weder den deutschen Sozialisten überhaupt, sondern sie gelte Eisner als Vertreter der deutschen Einheit. Wo die Franzosen hinkämen, sei ihre erste Tat, daß sie auf Befehl Roths die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte auflösten und ihnen jede weitere Arbeit in der rücksichtslosesten Weise unmöglich machten. Grundsätzlich ebenso würden die Engländer verfahren. Admiral Beatty habe auf die Anfrage des deutschen Vertreters der Marine geantwortet, daß für ihn Matrosen- und Arbeiterräte nicht verhandlungsfähig seien. Derselbe Erklärung habe ein amtlicher englischer Unterhändler abgegeben, der vor einigen Tagen mit Verhandlungen über den Kriegsgefangenen-austausch beauftragt gewesen sei. Die Waffenstillstandsbedingungen der Entente seien nicht Wilhelm II. sondern dem ganzen deutschen Volke aufzuzwingen worden. Die aus politischen Erwägungen hervorgegangenen Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten seien selbstgeleitet gewesen, ehe überhaupt die Namen der Unterhändler bekannt waren. Die Härte der feindlichen Bedingungen habe also nichts mit der Persönlichkeit der Unterhändler zu tun. Die Widerungen der ursprünglichen Forderungen der Alliierten seien also zu einem Zeitpunkt in Versailles beschlossen worden, wo in Versailles noch niemand, ebenso wenig wie den Mitgliedern der deutschen Kommission irgend etwas genaueres bekannt gewesen sei über die Art und den Umfang der deutschen Revolution. Es gehe also wirklich nicht an, diese und die

anderen erzielten Widerungen als Folgewirkung der deutschen Revolution zu bezeichnen. Schließlich fordert Erzberger das Bekenntnis der Reichskonferenz zu folgenden Punkten:

1. Eine feierliche Rundgebung für die Einheit und Unzerstörbarkeit des deutschen Reiches;
 2. Die Forderung eines beschleunigten Friedens (Präliminarfrieden), weil sonst das deutsche Volk zu Grunde gehe;
 3. Schnellste Einberufung der Nationalversammlung.
- In diesem Bekenntnis werde das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied der Partei, Konfession und Standes sich zusammenfinden.

Frankreich und das Elß.

Paris, 26. Nov. (W.L.B.) Heute ist General Naudin folgende Rede abgelesen worden:

Paris, 26. Nov. An alle! Aufruf an das Elß! Was für Wunder habt Ihr Straßburger und Elßler vollbracht, indem Ihr trotz aller Bedrückungen, trotz des verhassten Jochs Eurer Feinde, heilge Erde zum Vaterland bewahrt habt! Die Geschichte kennt zweifellos kein zweites Beispiel einer so bewundernswürdigen Tatkraft. Ihr Soldaten habt heldenmütig in den längsten Schlachten, die es jemals gab, gekämpft. Ihr seit ruhmbedeckt daraus hervorgegangen. Die fürchterliche Schmach ist gefallen, der Adler der Grenzpfähle wiedergeworfen. Die Elß, kommt Frankreich zu Euch, Straßburger, wie eine Mutter zu ihrem lieben Kinde, das es verloren und wiedergefunden hat. Es wird nicht nur Eure Bewohnerschaft, Eure lokale Niederlassungen, Eure religiösen Glauben, Eure wirtschaftlichen Notwendigkeiten achten, sondern auch Eure Wunden verbinden und in diesen schweren Tagen Eure Ernährung sicherstellen. In dieser feierlichen, herrlichen Stunde, die der Triumph des Rechts, der Gerechtigkeit und Freiheit über die brutale Gewalt bringt, wollen wir uns, Ihr befreiten Elßler und befreiten Soldaten in der gleichen Liebe vereinen. Es lebe Frankreich! Es lebe die Armee! Es lebe die Republik!

Italien macht mit Schättsvol kurzen Prozeß.

Triest, 26. Nov. (W.L.B.) Wie der „Tribuna“ meldet, gehen die Italiener in Schüttsvol durch. Manerankauf bekannt, daß die Besetzung des Landes bis zum nächsten Oktober, dem Brenner und bis Toblach als endgültig angesehen sei.

Das Friedensprogramm der französischen Gewerkschaften.

Genf, 26. Nov. Die vom Ausschuß des Generalverbandes der französischen Gewerkschaften am Sonntag in Paris veranstaltete Wilson-Versammlung hat nach lebhafter Diskussion folgende Tagesordnung angenommen:

An der Schwelle des Friedens erklärt der allgemeine Gewerkschaftsverband im Namen der organisierten Arbeiterklasse von neuem seine Zustimmung zu den 14 Punkten des Präsidenten Wilson. Der Friede der Völker soll nach seinem Ermessen auf folgenden Grundsätzen aufgebaut werden:

1. Gründung des Vereins der Nationen durch das freie Zusammenarbeiten aller Völker mit dem Ziele, jeden Keim künftiger Kriege zu beseitigen und ein internationales Recht aufzustellen;
2. Ausschluss jedes wirtschaftlichen Krieges, der, wenn auch nur von einem einzigen Lande unternommen, das von ihm betroffene Volk zu seiner unerbittlichen Verteidigung zu Repressalien fortzwingen müsse. Die großen überseeischen Verkehrslinien müssen unter den Schutz des Vereins der Völker den Schiffahrten aller Länder ohne Einschränkung geöffnet sein, Verzicht auf jeden Protektionismus, der fälschlicherweise auf einer Verdrängung der Arbeiterklasse beruhen müsse;
3. Wenn jede Nation sich bemüht, ihre Produktionskräfte in vernünftiger Weise den physischen und materiellen Hilfsquellen anzupassen, kann die Wertung der Produkte auf schnellstem und freiem Wege vollzogen werden, ohne Beeinträchtigung des Betätigungswillens der anderen Völker und ohne künstliche Hilfsmittel. Zu diesem Zwecke ist ein internationales Amt nötig für die Regelung des Verkehrs und der Verteilung der Rohstoffe sowie die internationale Verwaltung des gesamten Kolonialbesitzes zu einer besseren Ausnutzung aller Erzeugnisse der Erde, zum Wohle der Menschheit und zur materiellen und sittlichen Hebung der Eingeborenen;
4. Ausgleich des Kriegsschadens, ohne jede auf Nachsucht begründete Vergeltung, Verzicht auf Gebietsaneignungen und Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker;
5. Der Verein der Völker soll, indem er der Welt eine Rechtsverfassung gibt, mit der allgemeinen Abrüstung beginnen

und sie zu gutem Ziele führen. So wird jegliche Art des Militarismus beseitigt und die Demokratie der Welt wird triumphieren.

6. In Bezug auf die innere Politik verlangt die Tagesordnung die Heranziehung der Gewerkschaften zur Durchführung der Demobilisation und der Reorganisation der Friedensarbeit.

An der Rundgebung nahmen nach dem „Populaire“ 10 000 eingeschriebene Gewerkschaftsmitglieder teil. Trotz den umfangreichen Polizeimaßnahmen zogen mehrere Gruppen von Teilnehmern nach den Boulevards, um für die Internationale und gegen Clemenceau zu manifestieren.

Das demokratische englische Aussehen.

London, 27. Nov. (W.L.B.) Reuter, „Daily Chronicle“ sagt: „Jeden eine verantwortliche Regierung muß vom deutschen Volke eingelegt werden, sonst können wir keine andere Wahl haben, als Deutschland selbst zu besetzen, bis die Schwierigkeiten behoben sind. Zu diesem Vorgehen würde man sich natürlich nur mit dem größten Widerstreben entschließen.“

Englisch-amerikanische Divinität zur See.

Kopenhagen, 26. Nov. Einem Telegramm aus New York zufolge erklärt die New Yorker „Daily News“, es herrsche in Amerika eine gewisse Befürchtung, daß England das gewalttätige amerikanische Flottenprogramm als eine Herausforderung und Bedrohung der englischen Seeherrschaft betrachten könne. Der „New York Herald“ schreibt, der Militarismus zur See müsse den Militarismus zu Lande nach sich ziehen. Das Blatt macht der englischen Flotte den Vorwurf, das internationale Völkerrecht dadurch verletzt zu haben, daß sie den neutralen Handel störe. Amerika sei nur durch England daran gehindert worden, die Doktrin, daß ein freies Schiff auch freie Ladung habe, durchzuführen. Den gleichen Standpunkt nehmen auch andere amerikanische Zeitungen ein.

Amerika.

Columbus (Ohio), 27. Nov. (W.L.B.) Reuter. In Ohio ist der Wahlsfeldzug für die Wahl des Generals Pershing zum Präsidenten der Vereinigten Staaten für 1920 am 26. Nov. eröffnet worden.

Wilson's Ziele.

Wien, 26. Nov. Die „Wien. Ztg.“ meldet aus Wien: Nach der „Chicago Tribune“ sind die Republikaner aufs höchste gegen den Präsidenten aufgebracht, weil er gleichzeitig mit der Ankündigung seiner Reise die Kugel durch den Postmeister mit Beschlagen belegen ließ. Wie das Blatt weiter meldet, hat Wilson fünf große Ziele im Auge:

1. den Völkerverbund,
2. die Abrüstung,
3. die Freiheit der Meere,
4. eine gerechte Behandlung des deutschen Volkes,
5. Hilfe für Rußland.

Wie die „Evening World“ aus Washington meldet, glaubt man dort, daß Wilson zum ersten Präsidenten des Völkerverbundes gewählt werde.

Rußland.

Paris, 26. Nov. (W.L.B.) Drahtes von der estnischen Regierung an die britische Regierung. Die Bolschewiki haben eine Schlachtfront zwischen dem finnischen Golf und dem Bosphorus eröffnet. Der erste Angriff am 22. November wurde durch die deutschen Truppen abgelehnt und zwar gemäß des Befehls des Oberbefehlshabers Polern. Die Bolschewiki planen aber einen allgemeinen Angriff auf der gesamten Front. Die russische Militär ist zur Unterstützung der deutschen Truppen an die Schlachtfront kommandiert worden. Die Mobilisierung der russischen Nationalarmee schreitet fort, ist aber noch nicht vollendet. Es ist dringend notwendig, daß die Flotte der verbündeten Mächte sobald irgend möglich nach Ostsee kommt, um dem Anmarsch und dem unvermeidlichen Norden Einhalt zu tun.

Der Wahlrechtsentwurf in der Beratung.

Berlin, 27. Nov. Die Vorlage über die Wahl zur Nationalversammlung wird der Rat der Volksbeauftragten wahrscheinlich erst morgen verabschiedet. Jeder aber die Zahl noch über die Größe der Wahlkreise, nach der den Wahltermin ist bisher die endgültige Entscheidung gefallen, jedoch gerade die wichtigsten Beschlüsse noch ausstehen. Die Arbeit ist aber in beständigem Fortschreiten und wesentliche Änderungen sind an den bisher zur abschließenden Beratung gelangten Teilen des Entwurfes nicht vorgenommen worden.

Der Wahlordnungsentwurf zur Nationalversammlung.

Berlin, 26. Nov. Der Entwurf über die Wahlordnung zur Nationalversammlung ist heute früh im Kabinett beraten worden. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen, da die Verhandlungen mittags abgebrochen wurden und erst morgen früh fortgesetzt werden, doch scheint der Entwurf eine freundliche Aufnahme gefunden zu haben. Die Zahl der Wahlkreise steht noch nicht genau fest, man rechnet aber mit 40 Verhältniswahlbezirken, auf die dann eine entsprechende Anzahl von Abgeordneten entfällt. Ihre Zahl soll so ermittelt werden, daß auf durchschnittlich 50 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt.

Berlin, 26. Nov. Der Rat der Volksbeauftragten ist unter Zuziehung der Fachminister in der Reichskanzlei zur Beratung des Entwurfs über die Wahlen zur Nationalversammlung zusammengetreten. Die Vertreter aller Bundesstaaten haben sich gestern für die Einberufung der Nationalversammlung ausgesprochen. Nur der Vertreter Braunschweigs nahm eine abweichende Stellung ein und lehnte die Nationalversammlung ab.

England.

Die Auflösung des Parlamentes.

London, 27. Nov. (W.T.B.) Der König hat die Proklamation unterzeichnet, durch die das Parlament aufgelöst wird.

Saag, 27. Nov. Das neu zu wählende englische Parlament wird am 21. Januar zusammentreten.

Der soziale Staat.

Hierüber läßt sich Herr Georg Bernhard in der „Vollstg.“ aus wie folgt: In den Versammlungen der radikalsten Sozialdemokraten spielt augenblicklich die Phrase eine Rolle: „Das Bürgertum will die Arbeiter um die Früchte der sozialen Revolution betrügen.“ Das Mittel zu diesem Betrug soll angeblich die Nationalversammlung sein. Dagegen das Mißtrauen, das vielfach gegen das immer lauter werdende Begehren nach der Nationalversammlung in manchen sozialistischen Kreisen verbreitet ist. Die Gewohnheit des deutschen Bürgers, sich zu ducken, ist durch die Revolution nicht ausgetilgt worden. Manche meinen bereits, gerade die Bürger dürften nicht so laut rufen, um kein öffentliches Vergehen zu erregen. Das ist die alte Methode, an der Deutschland zu Grunde gegangen ist. Die Methode: Taktik statt Politik zu treiben. Die Methode, recht leise aufzutreten, um der Regierung keine Schwierigkeiten zu machen. Eine Taktik, mit der bisher noch stets bewirkt wurde, daß die Regierungen jede Unterlassungslünde damit entschuldigen konnten: es sei ja gar nichts von ihr verlangt worden. Diese Methode wäre jetzt schon deshalb verfehlt, weil selbst bei völligem Schweigen des Bürgertums die Agitation des Spartakusbundes gegen die Zusammenberufung einer gesetzgebenden Versammlung nicht aus dem Wege geräumt werden würde, denn sie beruht gar nicht auf dem Gegensatz zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie, sondern auf dem Gegensatz, der den Spartakusbund von beiden sozialdemokratischen Parteien trennt: die sozialdemokratischen Parteien wollen Demokratie, die Spartakusleute aber Diktatur.

Außerdem ist die in der Agitation angewandte Trennung zwischen Arbeitern und Bürgern demagogische Konstruktion. Sie knüpft an Ausdrucksformen an, die als Ergebnis der Marx'schen Lehre innerhalb der sozialdemokratischen geschulten Arbeiterschaft eine ganz bestimmte Bedeutung haben. Bei Marx ist „Bourgeois“ der Besitzer der gesellschaftlichen Produktionsmittel, der seinen Profit aus dem Mehrwert der Arbeit des Arbeiters zieht. Und Arbeiter (oder richtiger Proletariat) ist nach seiner Lehre, wer am fremden Produktionsinstrument arbeitet und daher nicht den vollen Ertrag seiner Arbeit als Entlohnung bekommt. Die „Bürger“, die nach der Nationalversammlung rufen, sind aber doch nicht durchweg „Bourgeois“ im Sinne der Marx'schen Phrasenologie, sondern es sind alle diejenigen Staatsbürger (citizens), die sich nicht zur sozialdemokratischen Weltanschauung bekennen. Es sind auch Groß- und Klein-Unternehmer, aber es sind in der Hauptsache Angestellte, Arbeiter, Beamte, Lehrer, Gelehrte, Ärzte und Advokaten. Zum überwiegenden Teil also Leute, die sowohl hinsichtlich ihrer Stellung zum Produktionsinstrument als ihrer ganzen Klassenlage nach zum Proletariat gehören. Sie alle verlangen, gemeinsam mit den sozialdemo-

kratischen Arbeitern, Demokratie. Aber sie verlangen auch soziale Demokratie. Und in diesem dringenden Bedürfnis aller zu den bürgerlichen Parteien gehörigen Arbeiter- und Angestelltenkreisen nach den Segnungen des sozialen Volksstaates liegt selbst für den anglistischen Sozialdemokraten die Gewähr, daß nicht bloß die politisch-freihetlichen Errungenschaften der Revolution in der Nationalversammlung gewahrt bleiben, sondern daß dort auch die sozialen Früchte der Revolution gepflückt werden. Damit muß sich aber auch der Teil des Bürgertums vertraut machen, der zur Unternehmerklasse gehört.

Die ungebundene Freiheit der Wirtschaftsweise vor dem Krieg lehrte nimmermehr zu rücken. Sie wäre auch ohne Revolution nie zurückgekehrt. Man denkt heute nur noch mit einem wehmütigen Nicken an das Wort: „Der beste Übergangskommissar wird derjenige sein, der sich möglichst schnell überfällig macht.“ Als es gesprochen wurde, da sah man allgemein noch die Übergangszeit als einen längeren Übergang zu den Verhältnissen von vor dem Kriege an. Seit dem Sommer 1918 weiß man, daß das alles ein schöner Traum war, daß jede Übergangswirtschaft dem Übergang zu anderen Wirtschaftsformen dienen müßte. Wenn der Krieg in diesen Tagen ohne Revolution mit dem alten Kaiserthum zu Ende gegangen wäre, selbst nur als Remispartie, dann würde sich in den Mittelpunkt alles wirtschaftlichen Geschehens die nackte Tatsache gedrängt haben, daß jährlich 18 000 Millionen, sprich 18 Milliarden Mark mehr von den Steuerzahlern des Deutschen Reiches hätten aufgebracht werden müssen. Keine Vermögensabgabe, keine noch so hohe Erbschaftsteuer würde allein genügt haben, diese Last zu tragen. Der Rahmen des alten Verbrauchssteuer-Systems wäre gesprengt worden. Eine weit ausgreifende Monopolwirtschaft war unvermeidbar: Kohlenmonopol, Zündholzmonopol, Tabakmonopol, Spiritusmonopol, Stadtkassenmonopol und Monopolisierung der Güterherstellung von Elektrizität würde das mindeste gewesen sein. Ob man für solche Wandlung statt des gewohnten Fremdwortes „Monopolisierung“ das neuere Fremdwort „Nationalisieren“ oder die guten deutschen Worte „Verstaatlichen“ und „Vergesellschaften“ setzt, scheint wirklich gleichgültig. Diese Monopole aber hätten im deutschen Kaiserthum nach 1918 noch durch hohe direkte Steuern ergänzt werden müssen. Die alten Formen der Einkünfte- und Erbschaftsteuer waren ohnehin früher schon sehr wenig brauchbar. Alle neuen Formen wären im wesentlichen darauf hinausgelaufen, daß der Staat am Ertrag jedes Unternehmens mehr oder weniger beteiligt war. Solche Beteiligungen haben Kontrollrechte zur Voraussetzung. Der Staat hätte also in jedem Betrieb mindestens einen Finger gehabt. Mithin wäre neben die Staatswirtschaft fast überall noch die Staatseinkünfte getreten. Alles in allem also eine recht lau temperierte Wirtschaftsfreiheit. Einkommensteuern ohne Besteuerung auch der kleinen Einkommen haben immer wenig Ertrag gegeben. Der kleine Mann, der Angestellte, der Arbeiter, würde also genau wie die Reichen erheblich mit direkten, aber natürlich auch mit indirekten Abgaben belastet worden sein. Diese hohe Belastung hätte entweder später zu starken revolutionären Bewegungen geführt, oder durch weitgehende sozialpolitische Zugeständnisse wettgemacht werden müssen. Die alte Sozialpolitik war sehr kostspielig. Woher hätte man wohl angesichts der Riesen-schulden das Geld zu weiterem Arbeiterchutz und zur Erhöhung der Renten nehmen sollen? Die Sozialpolitik der Nachkriegszeit würde sich in ganz anderen Bahnen bewegt haben: Anerkennung der Organisationen der Arbeiter und der Angestellten, Mitwirkung der Organisationen und der Betriebsausschüsse bei Lohnfestsetzungen und Regelung des gesamten Angelegenheitsverhältnisses wären die Forderungen des Tages geworden, die unter allen Umständen bewilligt werden mußten. Nur einer, der sehr optimistisch veranlagt war, hätte solchen Zustand noch als freie Wirtschaft bezeichnen können. Es wäre in Wirklichkeit organisierte Gemeinwirtschaft gewesen. Tatsächlich also der soziale Staat. Nur daß man sich gescheut hätte, das Kind beim rechten Namen zu nennen.

Was nun jetzt neu werden soll, wird — wenigstens für den Anfang — gar nicht viel anders aussehen. Nur soll man den Mut haben, dieser Wirtschaft Klar ins Auge zu blicken und sie richtig zu bezeichnen. Der richtige Name ist: Sozialisierung. Die Unternehmer sollten sich mit diesem Zustand nicht nur wohl oder übel abfinden, sondern sollten sich auch gedanklich und gefühlsmäßig auf ihn einstellen. Diese Sozialisierung fordern nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die zu den bürgerlichen Parteien gehörenden Arbeiter und Angestellten. Deshalb wird auch der Sozialisierungsprozeß fortgeschritten. Die Frage der Gütererzeugung

wird in Zukunft nicht mehr allein vom Standpunkt des privaten Profitinteresses, sondern unter dem Winkel der allgemeinen Wirtschaftsinteressen betrachtet werden müssen.

Auch das wäre im alten Staatswesen durch die Höhe der Schuldenlast zwangswise nötig gewesen. Das große Problem nach jedem Kriegsschluß war immer das Problem der Produktivität. Und nach diesem Krieg erst recht. Nur durch gesteigerte Gütererzeugung könnte heute der Zinsendienst beglichen und die aus dem Ausland gebrachte Ware bezahlt werden. Dieses Gesetz der Produktivität ist aber nicht nur Zwang gegen, sondern auch Schutz für den Unternehmer. Denn es wird in der Zukunft die Grenzen und die Formen der Sozialisierung bestimmen. Dieses Gesetz wird vor allem selbst die radikalsten Spezialisten zwingen, zwischen Besitz und Betrieb zu unterscheiden. Man kann den Besitz am Produktionsinstrument sozialisieren, man kann gewisse Erträge des Betriebes nationalisieren, aber man kann niemals den Betrieb selbst nationalisieren, ohne dadurch den Ertrag und die Produktivität zu schmälern. Und im sozialen Staat soll doch die Produktivität in vollem Umfang, der Ertrag zu einem wesentlichen Teil der Allgemeinheit zugute kommen. An beiden haben deshalb Staat und Gesellschaft ein hohes Interesse. Hier liegt das Problem des Wonn. Wie und Wo der Sozialisierung ein, das Herr Bernhard in einem nächsten Aufsatz zu behandeln gedenkt.

Lokaal und vermischter Ceil.

Simburg, den 28. November 1918.

a. Neue Dienstregelung in der Eisenbahn. Hauptwerkstätte. Wie jetzt bekannt geworden, ist die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in der Hauptwerkstätte für Montag, den 2. Dezember beginnend, in Ausübung genommen. Es findet keine dreischichtige, sondern nur eine zweischichtige Arbeit statt, d. h. daß der eine Teil von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags und der andere Teil von 2 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends täglich arbeitet. Eine eigentliche Nachschicht findet also nicht statt. Wöchentlich ist dann der Wechsel, welcher um so leichter eintreten kann, als die Sonntagsarbeit und die seitherige Ueberstundenarbeit weggelassen. Ein Lohnausfall wird dadurch nicht erfolgen, indem eine andere Lohnregelung, auch der Wegfall der Stillschluß- (Alford-Arbeit) demnächst eintritt. Bei der veränderten Arbeitszeit werden auch die Arbeiterzüge entsprechende Änderungen erhalten. — Wegen der jetzt aus dem Kriege zurückgekehrten und noch ankommandierten ehemaligen Werkstattmannschaften, müssen eine große Anzahl seither beschäftigter Arbeiterinnen, jugendlicher Arbeiter und Hilfsdienstpflichtiger wieder ausgeschieden, um für die Krieger Platz zu machen. Die älteren Arbeiter, die vor dem Kriege schon in der Werkstatt arbeiteten, rücken ohne weiteres wieder in ihre Stellen ein. Es sind dieses viele Hunderte! Dagegen können die während des Krieges eingetretenen und dann zum Heere einberufenen Leute zunächst nur unter Vorbehalt, soweit Stellen frei werden, vorübergehend beschäftigt werden. Andere Arbeiter, die aus dem Heeresdienst entlassen werden, und solche, die noch nicht in der Hauptwerkstätte Arbeiteten, sollten sich daher wieder da zur Arbeit melden, wo sie vor dem Kriege gearbeitet haben, damit auch die Privatindustrie, Landwirtschaft, Handwerk u. a. m. wieder die benötigten Arbeitskräfte erhalten.

b. Von dem Oberkommando der 5. Armee erging folgender Aufruf: An die Heimat! Die Truppen der 5. Armee, die heldenmütig allen Angriffen vor Verdun getrotzt haben, kehren unerhöhet nach unerhöhetsten Anstrengungen in die Heimat zurück. Ausgerückten Hauptes, im Bewußtsein, ihre vaterländische Pflicht bis zum letzten erfüllt und die Heimat vor den Schrecken des Krieges im eigenen Lande bewahrt zu haben, ziehen sie mit klingendem Spiel und Gelang durch die deutschen Gauen ihrer engeren Heimat entgegen. Bewohner der schönen Lande an Mosel und Rhein von Rastau, Helsen und Franken, bietet den heimkehrenden tapferen Söhnen unseres Vaterlandes einen Dank- und Willkommengruß nach dem sie verlangen. Schmückt eure Häuser und Straßen und laßt die deutschen Landesfarben wehen, damit wir daraus die Liebe der Heimat erkennen, die wir so lange entbehrt haben. Helft alle den Soldaten! Vereine und

Auch sie hatte für Walter von Rainsberg nie Sympathie gehabt. Aber in seiner Ausgrenzung tat er ihr doch leid. Und sie sah in ihm den Resten des Mannes, dem sie die Hand zum Lebensbund hatte reichen wollen.

Walter ahnte nicht, daß Frau Dina seine Worte bezüglich seines Onkels auf sich bezog. Wußte er doch nicht, daß sie, und nicht Ruth, die Verlobte seines Onkels gewesen war.

Frau Dina lachte und gebot der Dienerin, Ruth herbeizurufen.

Diese folgte dem Rufe sogleich und trat ahnungslos ein. Wie stets hatte sie bei Walters Anblick das unangenehme Empfinden, als drohe ihr ein Unheil, als stehe ihr etwas Feindliches gegenüber.

„Liebe Ruth“, sagte Frau Ruth, „Herr von Rainsberg hat dir etwas zu sagen. Er hat mich, ihm eine Unterredung unter vier Augen mit dir zu gewähren. Ich ziehe mich also zurück. Wenn du meiner bedarfst, laß mich rufen.“

Ruth sah ihre Mutter betroffen an und wandte sich dann, als diese das Zimmer verlassen hatte, mit einem unruhig fragenden Blick an Walter. Dabei hatte sie das bestimmte Empfinden, daß ihr von ihm nur Böses kommen könne. Aber sie nahm sich zusammen, unzufrieden mit sich selbst, und fragte so ruhig sie konnte:

„Was wünschen Sie von mir, Herr von Rainsberg?“ Er war bei ihrem Anblick vor Erregung fast nicht fähig, ein Wort hervorzubringen. Seine Augen hingen in verzehrendem Feuer an ihrem Antlitz.

Endlich raffte er sich auf.

„Mein gnädiges Fräulein, ich bitte vor allen Dingen, mir zu verzeihen, daß ich meinen Gefühlen nicht länger Zwang antun kann. Ich weiß, Sie waren meines Onkels Verlobte, weiß, daß er seine Verlobung mit Ihnen am Tage seines Todes proklamieren wollte. Was ich dabei für Schmerzen empfunden habe, ahnen Sie nicht. Ich hätte heute nicht schon mit meinen Wünschen zu Ihnen kommen sollen. Aber ich kann nicht länger warten. Und ich habe auch das Bestreben, Ihnen alle Sorgen abzunehmen. Sie sollen, trotz des Todes meines Onkels, die Stellung einnehmen, die er Ihnen zugedacht hatte, diesmal aus meiner Hand.“

Ruth war einen Schritt zurückgewichen.

(Fortsetzung folgt.)

Das stolze Schweigen.

Roman von S. Courths-Mahler.

49) (Nachdruck verboten.)

Und Frau Dina gab der Dienerin Weisung, Herrn von Rainsberg in das Empfangszimmer zu führen.

Eine Minute später trat sie dort ein. Walter begrüßte sie artig, aber sie merkte sofort, daß er sehr erregt war. Walter konnte allerdings seine Unruhe kaum noch bemerken.

„Es freut mich, Sie zu sehen, Herr von Rainsberg. Leider haben wir Sie zweimal verfehlt. Führt Sie etwas Besonderes zu uns?“ fragte sie, und es fiel ihr auf, daß der neue Majoratsbesitzer außerordentlich blaß und elend aussah, so, als sei er schwer krank gewesen.

Walter atmete tief auf.

„Es ist allerdings ein besonderes Anliegen, meine verehrte, gnädige Frau, das mich zu Ihnen führt. Ich habe mit Ungeheuer die Minute herbeigesehnt, da ich Sie antreffen würde. Diese Ungeheuer gestattet mir keine lange Rede. Gestatten Sie, daß ich sogleich auf mein Ziel losgehe?“

Frau Dina zeigte auf einen Sessel und nahm ihm gegenüber Platz.

„Ich bitte sehr, Herr von Rainsberg, Sie sehen etwas leidend aus. Ich hoffe, Sie sind nicht krank gewesen.“

„Nein, nein — ich bin nur etwas erregt. Sie werden gleich begreifen können, warum. Ich bin zu Ihnen gekommen, um hier bei Ihnen die Entscheidung über mein Lebensglück treffen zu lassen.“

Frau Dina sah ihn etwas bestrebt an.

„Über Ihr Lebensglück, Herr von Rainsberg? Wie sollte darüber bei uns eine Entscheidung getroffen werden können?“

Ein zitternder Atemzug kam aus Walters Brust.

„Meine sehr verehrte gnädige Frau, das will ich Ihnen erklären. Bis vor kurzem war ich ein armer Schüler, der nicht wagen durfte, sein Herz reden zu lassen. Ich mußte mich beherrschen und meine Gefühle in mich verschließen — wenn sie mir auch zuweilen die Brust zu zerstreuen drohten. Jetzt gestatten mir nun meine Verhältnisse, meine

Gefühle in Worte zu fassen — kurzum, gnädige Frau — ich liebe Ihr Fräulein Tochter, liebe sie mit einer Inbrunst ohne Gleichen, und bitte Sie ergebenst, mir zu gestatten, Ruth um Ihr Jawort bitten zu dürfen. Es ist vielleicht noch etwas verfrüht, da mein Onkel erst vor kurze Zeit gestorben ist. Aber es läßt mir keine Ruhe — ich kann nicht länger warten, ich verzehre mich in Sehnsucht. Und andererseits drängt es mich auch, Sie und Ihr Fräulein Tochter aus sorgenvollen Verhältnissen zu lösen. Ich glaube im Sinne meines verstorbenen Onkels zu handeln, wenn ich nicht länger mit meiner Werbung zögere. Er würde nicht wollen, daß ich Sie länger in sorgenvoller Lage lasse.“

Frau Dinas Gesicht hatte sich vor Erregung gerötet.

„Sie wissen von Ihrem Herrn Onkel, daß — daß —“

„Alles weiß ich, meine verehrte gnädige Frau. Und ich habe keinen heftigeren Wunsch, als in jeder Beziehung für Sie und Ihr Fräulein Tochter zu sorgen. Das kann ich natürlich nur im vollen Maße, wenn Fräulein Ruth meine Braut ist, und deshalb bitte ich Sie, mir eine Unterredung unter vier Augen mit Fräulein Ruth zu gewähren.“

Frau Dina sah einen Augenblick wie gelähmt. Natürlich glaubte sie, Walter wisse um ihre Beziehungen zu seinem verstorbenen Onkel. Dieser hatte seinen Neffen wohl vor seinem Tode gesagt, daß er sich mit ihr verlobt habe. So hatte sie die Worte Walters auf. Aber auf Walters Antrag war sie nicht vorbereitet gewesen. Keine Ahnung hatte sie gehabt, daß dieser Ruth liebte. Wie würde Ruth darüber denken? Würde sie diesen Antrag annehmen?

Frau Dina erhob sich.

„Diese Unterredung will ich Ihnen gern gewähren, Herr von Rainsberg. Meine Tochter muß in einer so wichtigen Lebensfrage selbst entscheiden. Wie Ihre Bitte auch angenommen wird, seien Sie versichert, daß ich die Ehre zu schätzen weiß, die Sie uns erweisen wollen. Und jedenfalls danke ich Ihnen herzlich für den guten Willen, im Sinne Ihres verstorbenen Onkels unsere Sorgen tragen zu helfen. Ich rufe meine Tochter sogleich herüber.“

Er lächelte ihr die Hand. Sie sah, daß die seine eifrig kalt war und zitterte. Befragt sah sie in sein erregtes Gesicht.

Kreisblatt-Druckerei.

Heinrich Krohmann

Toni Krohmann

geb. Schmalohr

Vermählte

LIMBURG (Lahn), November 1918.

3/276

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichen Anteilnahme bei dem schmerzlichen Verluste, der uns durch den Tod meiner unvergesslichen Frau

Johannette Lina Knapp

geb. Mähm

betroffen, sage ich hiermit allen meinen, meiner Kinder und näheren Angehörigen tiefstinnige Anteilnahme. Insbesondere danke ich für die den Verstorbenen gewidmeten Kranzspenden und für die trostvollen Worte am Grabe.

Julius Wilhelm Knapp.

Dauborn, den 26. November 1918. 3/276

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Kohlrabi- und Apfel-Verkauf.

Freitag, den 29. November d. J., vormittags von 9 Uhr ab Verkauf von Kohlrabi und Äpfel an der Verkaufshalle an der Hospitalstraße.

Limburg, den 28. November 1918. 6/276

Städtische Lebensmittel-Verkaufsstelle.

Aufenthalt von Militärpersonen in der Stadt Limburg.

Dem Garnisonkommando Limburg ist folgende Anordnung erlassen worden:

1) Alle kriegsmässigen Truppenteile und Behörden angehörenden Militärpersonen müssen einen entsprechenden persönlichen Ausweis bei sich führen.

2) Alle entlassenen und abgehenden Militärpersonen haben die Stadt Limburg sofort zu verlassen. Wer sich entgegen dieser Anordnung in Limburg aufhält ist festzunehmen.

Unter Bezugnahme auf die vorstehende Anordnung machen wir darauf aufmerksam, daß die Sicherheitsorgane mit entsprechender Anweisung versehen sind.

Gleichzeitig werden die Quartiergeber, Hoteliers, Wirt usw. darauf aufmerksam gemacht, daß sie nur solchen Militärpersonen Unterkunft zu gewähren haben, welche einen vom Magistrat der Stadt Limburg ausgestellten Unterschlupfsausweis vorlegen.

Da bereits mehrere Betrugsfälle vorgekommen sind, wird die Einwohnerschaft hierauf besonders hingewiesen.

Etwa bekannt werdende Schwablen wolle man sofort evtl. telefonisch der unterzeichneten Stelle (Telefon Nr. 75 u. 292) melden.

Limburg, den 25. November 1918. 4/274

Die Polizeiverwaltung.

Heimatschutz Limburg

4. Kompanie.

Die Mitglieder der 4. Kompanie sowie alle männlichen Einwohner dieses Bezirks (Ob und Unt. Fleischgasse, Obere Grabenstr., untere Dierzerstr. b. Werner Sengerstr., Werner Sengerstr., Hospitalstr., Neumarkt, Wohnhofstr. u. Plag, Ob. Schiede v. Deutschen Haus b. zur Bahn, Grasportstr., Fliesenbergstr., Frankfurterstr. b. zum Bahnhofsberg) werden zur

Versammlung

für Donnerstag, den 28. November, abends 8 Uhr

eingeladen

Versammlungsort: Gastwirtschaft z. Roseneck, Pöhl.

Erscheinen eines Jeden ist Ehrenpflicht.

Der Kompanieführer:

Dr. Reiter

Offiziers-Waffenrock (Infanterie), fast neu, 17. Jahrgang, für mittlere Figur zu verkaufen. 3/275

Frankfurterstraße 3.

Wionatsmädchen

für 2 bis 3 Stunden morgens gegen hohen Lohn gesucht.

Näh. Auskunft Salzgasse 4. 6/274

An unsere Nassauer Landwirte!

Die unterfertigten Landwirtschaftlichen Körperschaften wenden sich hiermit ernst und eindringlich an die Nassauer Landwirte:

Wir haben uns bisher stets und grundsätzlich von allen politischen und Parteifragen fern gehalten, und wir haben Flug daran getan, da wir nur dadurch politisch oft auseinandergehende Meinungssträger zu gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit in vollkommener Eintracht vereinigt haben.

Der Sturz der alten, und die Errichtung der neuen Regierung ist bei der heutigen Lage der Dinge keine politische und keine Parteifrage mehr: es ist heute gleichgültig, wer unser Land und Volk rettet, wenn es nur gerettet wird. Und keiner darf darum abwarten, ob die neue Gewalt auch wirklich retten wird, sondern wir müssen alle unsere ganze Kraft mit dafür einsetzen, daß die neue Gewalt Vaterland und Volk vor dem Untergang bewahrt.

Das ist unser aller unweigerliche und selbstverständliche Pflicht.

Darum rufen wir unseren Nassauer Landwirten zu:

Fügt Euch willig allen Anordnungen, die ergehen.

Werft den Kleinmut und den Verdruss vergangener Zeiten hinter Euch; denkt daran, was heute auf dem Spiel steht und liefert dem darbenenden Volk, was es braucht, zur Tröstung des Lebens. Die Not ist groß, sie würde unermesslich, wenn Ihr versagen wölltet.

Denkt an die furchtbare Gefahr, die Euren Dörfern, Euren und Eurer Angehörigen Besitz und Leben droht, wenn aus Mangel an Lieferungen Hungersturm ausbricht, wenn von Hunger getrieben, Haufen aus den leergegessenen Städten auf das Land sich wälzen, um mit Gewalt zu nehmen, was Ihr unterlassen habt, aus eigener Entschliebung zu liefern.

Liefert aber nicht nur die von Euch gebauten Lebensmittel ab, sondern öffnet auch Eure Spinde, Schubläden und Beutel: Veget. Euer Geld ein bei Euren Kreditgenossenschaften und anderen Geldinstituten; die Gesamtheit bedarf des Geldes ebenso gut wie des täglichen Brotes; den eingezahlten Guthaben droht keinerlei Gefahr, den daheim vermeintlich wohlverwahrten Vorräten vielleicht die allergrößte.

Bei uns in den großen Städten vollzieht sich heute alles in bester, mustergültiger Ordnung. Helft Ihr an Eurem Teil, daß es in Stadt und Land so bleibe!

Dann dürfen wir hoffen, daß aus dieser furchtbar schweren und dunklen Zeit ein neues deutsches großes Reich und Volk erstehen, an dem wir Alle noch unsere Freude haben werden.

Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden

Barthmann-Lübcke.

Verband der nassauischen landwirtschaftl. Genossenschaften zu Wiesbaden

Pettigean.

Berein der Nassauischen Land- und Forstwirte E. B.

Barthmann-Lübcke.

1/268

Verband ländlicher Genossenschaften
Nassauischer Organisation in Nassau.

Dr. Nolden.

Weihnachtsbitte

der Erziehungs- und Pflegeanstalt
Scheuern bei Nassau a. d. Lahn.

Weihnachten, das Geburtsfest des Heilandes, in dem Gott der Menschheit die allergrößte Freude bereitet hat, kommt wieder heran, und da wagen wir es, trotz des Druckes der Zeit um Gaben der Liebe zu bitten, damit wir auch in diesem Jahre jedem eine kleine Freude bereiten können. Wer möchte den an die Schattenseite des Lebens Verwiesenen und doch so gern Fröhlichen die Christfreude nehmen? Freilich wird's sehr sparsam und praktisch sein das Christkind 1918, aber unsern Kindern läßt sich auch mit Wenigem viel Freude bereiten.

Darum bitten wir unsere Freunde in Stadt und Land herzlich um ihre Hilfe, um Gaben in Geld, Spielsachen, Gewaren, Bekleidungsstücke usw. Wir haben für alles, was die Liebe uns schenkt, Verwendung und sind für jede, auch die kleinste Gabe herzlich dankbar. Es ergeht besondere Danksagung.

Allen unseren Wohltätern wünschen wir in dieser ersten Kriegszeit ein gesegnetes Christfest!

Martin, Pfarrer

Vorsitzender des Vorstandes.

Codt.

Direktor.

Die Postcheckkonto-Nummer der Anstalt ist Frankfurt a. M. 4000.



**Wochenzeitung
für Handel
u. Industrie**

Bezugspreis 3 M monatlich
Inlandsendung frei ins Haus

Ellige

Anzeigen mässigen Umfangs nehmen wir in den frühen Vormittagsstunden auch gerne telefonisch an, wenn man uns von der Haftung für die Richtigkeit des Textes entbindet.

Die Geschäftsstelle des „Limburger Anzeiger“.

Knecht,

leicht beschädigt, Kriegswund, 52 Jahre alt, in Landwirtschaft, erfahren, sucht Stelle auf sofort.

Angebote unter Nr. 7/275 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Braves fleißiges

Dienstmädchen

das kochen kann und alle Hausarbeit versteht, zum Eintritt auf 15. Dezember gesucht. Von wem, sagt die Exped. d. Blattes. 3/275

**Wichtig für
Unterbliedene von
Heeresangehörigen.**

Es ist ihnen heute in der Lage der Unterbliebenen von Heeresangehörigen, welche in der Heimat zurückgeblieben sind, sehr wichtig.

Schreiben Sie an: **Dr. Schmidt, Limburg, Dierzerstraße 62.**

Unsere Kinder und Kranke in der Stadt brauchen Milch.

Wichtiger als das Vieh sind die Menschen! Landwirte versichert daher nicht Viehmilch, sondern gibt sie ab.

Freibank.

Gegen Fleischharten:

Freitag, den 29. Novemb. von 2 bis 4 Uhr nachmittags von Karten Nr. 900-1050 und von 1-300 4/276

Es werden pro Familie nur 1 Pfund abgegeben.

Die Schlachthof-Verwaltung.

Jagdhund „Treff“

drahthaarer Griffon Mädel, Wiesbaden entlaufen oder gestohlen worden. Der Wirt wird gewarnt. 1/276

Gegen Belohnung bitte abzugeben (oder Angaben zu machen)

Dr. Schmidt, Limburg, Dierzerstraße 62.

Bauzeichner

mit guten Kenntnissen, auch in der Holzbohrung, erfahren, sucht für sofort Stelle in Bau- oder ähnlichem Geschäft; auch nach auswärtig. Angeb. mit W. E. 7/276 an die Geschäftsstelle d. Bl.